
Durch die Frauenbewegungen ging ein Riss

Sozialistische Frauen und der Erste Weltkrieg

GISELA NOTZ

Der deutsche Kaiser verkündete am 1. August 1914 vom Balkon des Berliner Schlosses den Krieg. Die versammelte Menge antwortete ihm mit dem Lied «Nun danket alle Gott» – vielleicht wurde aber auch die preußische Volkshymne «Heil dir im Siegerkranz» angestimmt, darüber sind sich die Quellen nicht einig. In der versammelten Menge waren auch Sozialdemokraten, die sich mit dem Kampf gegen den russischen Zarisismus identifizieren konnten und viele Frauen – bürgerliche wie proletarische. Der Erste Weltkrieg dauerte bis November 1918 – in Europa, Afrika, Asien, und ab Mai 1917 auch in den USA. Mit der Entwicklung moderner technologischer Waffensysteme erlangte die Kriegführung eine neue Dimension. Insgesamt waren 70 Millionen Soldaten beteiligt, 17 Millionen Menschen wurden ermordet; 5% davon gehörten zur «Zivilbevölkerung», darunter viele Frauen und Kinder.¹ Waffentragen und Kriegführen waren männliches Recht und Privileg zugleich. Alle Soldaten waren Männer²; viele die aus der Arbeiterklasse kamen, waren zum Kriegsdienst gezwungen worden.

In den zahlreichen Büchern und Artikeln 100 Jahre nach der Auslösung des Ersten Weltkriegs wird die Rolle der Frauen kaum beleuchtet. Wenn überhaupt, dann galten sie als Schutzbedürftige, bedauernswerte Witwen, die nun ohne Männer leben mussten oder als Mütter, die mit ihren Kindern alleine waren und mit den beschränkten Ressourcen umzugehen hatten. Frauen waren aber auch pflegende, moralische und seelische Stütze der eigenen Soldaten und Beuteobjekte der kriegerischen Gegner. Frauen kamen ohne Waffen. Waren sie deshalb friedfertige Frauen?³ Sie waren an der «Heimatfront» nicht weniger aktiv und unterstützten das Morden der Männer. Wie es dazu kam, was das bedeutete und warum sich die sozialistische Frauenbewegung – auf die ich mich im wesentlichen aber nicht ausschließlich beziehe – sich bis heute nicht mehr erholt hat, davon handelt dieser Beitrag.

(Nicht nur) im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg kann man nicht von *den* Frauen und *der* Frauenbewegung sprechen. Zu unterscheiden sind die bürgerlichen und die proletarischen/sozialistischen Frauenbewegungen. Die proletarische Frauenbewegung war eingebettet in die sozialistische internationale Arbeiterbewegung und wollte die volle Frauenemanzipation einschließlich der politischen Partizipation durch die Revolution der Arbeiterklasse erreichen. Hauptziel der bürgerlichen Frauenbewegungen waren die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau sowie ein gleichberechtigter Zugang zu Erwerbsarbeit und Bildung. Unterschieden wird zwischen dem gemäßigten und dem radi-

kalen «Flügel», die Spaltung manifestiert sich vor allem in unterschiedlichen Vorstellungen über die Forderungen nach dem Recht auf Erwerb, dem Frauenwahlrecht und die Streichung des Abtreibungsparagrafen 218 aus dem Strafgesetzbuch.⁴ Im Ersten Weltkrieg manifestierte sich die Spaltung zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung einerseits, andererseits kam es aber auch zu ungewöhnlichen Koalitionen.

Die sozialistische Fraueninternationale und die drohende Kriegsgefahr

Im August 1907 gründeten unter dem Vorsitz von Clara Zetkin (1857–1933) 59 weibliche Delegierte aus 15 Ländern Europas und aus Übersee die Sozialistische Fraueninternationale (Socialist Women's International). Zur Sekretärin des neu gegründeten Internationalen Frauensekretariats wurde Clara Zetkin gewählt, sie übte die Funktion bis 1917 aus.⁵ Von ihr bzw. von den deutschen Frauen war der Anstoß für die Gründung einer relativ unabhängigen internationalen Frauenorganisation gekommen. Sie sahen darin ein Mittel, die Frauen der sozialistischen Parteien der Welt zu aktivieren und damit auch das Gewicht der internationalen Linken zu stärken, denn sie hatten schon damals erkannt, dass Probleme wie das fehlende Wahlrecht für Frauen, die krankmachenden Arbeitsbedingungen, die soziale und geschlechterspezifische Ungleichheit und die Bedrohung des Friedens in Deutschland nicht auf nationaler Ebene zu lösen waren. Dem Ersten Weltkrieg war eine Vielzahl begrenzter Kriege in Asien und Afrika, die vornehmlich um koloniale Besitzungen geführt wurden, vorausgegangen. Ottilie Baader trug auf der Konferenz den Bericht der Frauen der SPD vor. In ihrer Rede nahm sie eine klare Abgrenzung zu den bürgerlichen Frauenbewegungen vor, die die weibliche «Andersartigkeit» betonten, neue Gegensätze zwischen den Geschlechtern schürten und nicht bereit waren, den Kampf der Arbeiterinnen um volle soziale und menschliche Emanzipation zu unterstützen.⁶ Viele der anderen Länderberichte waren ähnlich, fast alle äußerten sich zum Thema Frauenwahlrecht.⁷ In einigen der Berichte spiegelte sich bereits die Sorge über einen drohenden Krieg und die Notwendigkeit des Kampfes gegen ihn, denn in allen Industriestaaten wurde kräftig aufgerüstet. Die gleichzeitig stattfindende Internationale Sozialistische Konferenz verabschiedete eine Resolution, in der es zwar hieß, dass die arbeitenden Klassen alles aufzubieten hätten, um einen drohenden Krieg zu verhindern, es aber ihre Pflicht sei, «falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte ... für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenverhältnisse zu beschleunigen».⁸ Auf dem folgenden Kongress 1910 in Kopenhagen wurde die Haltung, die man einnehmen sollte, «falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte», ausführlich diskutiert.⁹

Im Zentrum des Interesses der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen, die gleichzeitig im August 1910 in Kopenhagen stattfand, stand das Frauenwahlrecht. Bei dieser Konferenz wurde der Internationale Frauentag ins Leben gerufen.¹⁰ Er stand für die Sozialistinnen von Anbeginn an unter dem Zeichen des Kampfes gegen Militarismus und für die Erhaltung des Friedens.¹¹ Aufgrund des drohenden Ersten Weltkriegs wurde bei der Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen eine «Resolution, die Erhaltung des Friedens betreffend» verabschiedet. Die deutsche und die österreichische Frauendelegation

und das britische Büro des Sozialistischen Frauensekretariats¹² hatten sie eingebracht. Unter Hinweis auf die wichtigen Beschlüsse vorhergegangener internationaler Tagungen und des Sozialistischen Kongresses in Stuttgart 1907¹³ wollte die Fraueninternationale an der Sicherung des Friedens mitarbeiten. In der Resolution verwiesen die Frauen auf die sozialen Gegensätze, die durch die kapitalistische Produktionsweise verursacht wurden, als Ursache der Kriege und erinnerten die sozialistischen Frauen und Mütter aller Länder an ihre besondere Aufgabe im Kampf gegen Militarismus und Krieg: die Jugend und die Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Es gelte «durch unablässige Agitation unter dem weiblichen Proletariat in der gesamten Arbeiterklasse das Bewußtsein der Macht zu stärken, die sie dank ihrer Rolle im Wirtschaftsleben der heutigen Gesellschaft einsetzen kann und einsetzen muß»¹⁴. Die Frauen setzten damals große Hoffnung auf «das kämpfende Proletariat» als sich immer weiter ausbreitende «Armee des Friedens»¹⁵.

Das Thema «Militarismus und Krieg» begleitete in der Folgezeit viele Veranstaltungen anlässlich der Internationalen Frauentage, denn die Bedrohung des Weltfriedens und die Notwendigkeit von Friedensaktionen dauerten an. Die Balkankriege im Vorfeld des Ersten Weltkriegs führten zu einer Verschiebung der Politik der sozialistischen Internationale. Frauenfragen wurden als weniger politisch in den Hintergrund gedrängt.¹⁶ Das Internationale Sozialistische Büro berief für den 24. und 25. November 1912 einen außerordentlichen Sozialistenkongress ins Baseler Münster ein. Als einziger Tagesordnungspunkt standen die internationale Lage und die gemeinsame Aktion gegen die nahende Kriegsgefahr zur Diskussion: «Bei dieser wichtigen Willenskundgebung des Weltproletariats dürfen die sozialistischen Frauen so wenig fehlen wie im heiligen Krieg gegen den Krieg», schrieb Clara Zetkin in ihrem Extra-Aufruf an die Frauen.¹⁷ Eine besondere Frauenkonferenz gab es in Basel nicht. Die Hauptrede auf dem Kongress hielt Clara Zetkin im Namen der sozialistischen Frauen aller Länder. Sie präsentierte einen ausführlichen und leidenschaftlichen Bericht über die anwachsende Kriegsgefahr und forderte die Frauen auf, sich gegen das Verbrechen eines Krieges zu wehren, als «Hüter des Lebens» seien sie zur Friedenserziehung verpflichtet.¹⁸ Sie sollten als Mütter die Kinder mit dem tiefsten Abscheu gegen den Krieg erziehen. Ihre Rede schloss sie mit den Worten «Krieg dem Kriege». Außer ihr sprachen Alexandra Kollontai (1872–1952), Vertreterin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, und Dora Montefiore (1851–1933), Mitglied der britischen sozialdemokratischen Partei. Einstimmig nahm der Kongress ein «Manifest der Internationale zur gegenwärtigen Lage» an, das die arbeitende Klasse in allen Ländern aufforderte, alle wirksamen Mittel zur Verhinderung des Krieges einzusetzen. Das Manifest bekräftigte die bereits anlässlich der Sozialistenkongresse von 1907 und 1910 verabschiedeten Antikriegsbeschlüsse und forderte die sozialistischen Parteien auf, mit allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Es blieb allerdings ebenso wirkungslos wie die wiederholten Appelle, mit einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg Stellung zu beziehen und mit allen zweckmäßig erscheinenden Mitteln für die Erhaltung des Friedens einzutreten.

Noch kurz vor der Entfesselung des Ersten Weltkriegs, zum Internationalen Frauentag am 8. März 1914, läutete der sozialistische Frauentag eine «Rote Woche» ein, während der an vielen großen und kleinen Orten für das allgemeine Wahlrecht und für den Frieden demonstriert wurde. Rosa Luxemburg (1871–1919) sprach am Vorabend in Freiburg an-

lässlich einer Protestversammlung gegen ihre eigene Verhaftung. Man hatte sie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil sie nach Auffassung des Staatsanwalts und des Gerichts eine verbrecherische Handlung begangen hatte, indem sie den ArbeiterInnen diesseits und jenseits der deutschen Grenze zugerufen hätte: «Du sollst nicht töten!» Die Funktion der «Roten Woche» sah sie vor allem darin, weitere Sozialdemokratinnen für den Internationalen Kampf für Frauenrechte und gegen den Krieg zu gewinnen.¹⁹ Dieser vierte Internationale Frauentag wurde zum Aktionstag gegen den Krieg. Die drohende Kriegsgefahr mobilisierte am 8. März selbst und in der darauffolgenden Woche viele Frauen, die vorher noch nie demonstriert hatten. Die Demonstrationen und Veranstaltungen der Sozialdemokratinnen und Gewerkschafterinnen für den Frieden und gegen das Wettrüsten waren überwältigend gut besucht. Bei der Werbearbeit hatten sich besonders Luise Zietz (1865–1922) und Gertrud Hanna (1876–1944), seit 1909 Leiterin des Arbeiterinnensekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, hervorgetan.

Am 21. April 1914 riefen Heleen Ankersmit (1869–1944) aus Holland, Adelheid Popp (1869–1939) aus Österreich, Clara Zetkin und andere Sozialistinnen noch einmal zweifelt zu einheitlichen Aktionen gegen Militarismus und Krieg auf. Unter dem Motto «Die Arbeiterfrauen und der Weltfrieden» organisierten sie in Berlin eine große Frauenkonferenz zur Vorbereitung der III. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, die im Anschluss an den 10. Internationalen Sozialistischen Kongress vom 23. bis 29. August 1914 durchgeführt werden sollte. Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen. Beide Konferenzen fand nicht mehr statt. Beide sollten zunächst nach Bern, dann nach Paris verlegt werden, wurden aber schließlich angesichts des bereits tobenden Ersten Weltkriegs «auf unbestimmte Zeit» vertagt.²⁰ Nicht vertagt wurde die Kriegserklärung, die dem Ereignis von Sarajevo vom 28. Juni 1914 folgte, die in zahlreichen Geschichtsbüchern erklärt ist.

Der Erste Weltkrieg

Kriegserklärung und Generalmobilmachung lösten im Deutschen Reich eine Welle nationalistischer Hysterie aus. Der Deutsche Kaiser, Wilhelm II., erklärte von seinem Berliner Schloss aus der aufgeputschten Menge: «In dem bevorstehenden Kampfe kenne Ich in Meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche.»²¹ (Nicht nur) unter dem deutschen Bildungsbürgertum war die pro-militärische Einstellung weit verbreitet.

Am 3. August 1914 beschloss die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in Berlin, den von der deutschen Regierung geforderten Kriegskrediten in Höhe von 5 Milliarden Mark auf der Reichstagssitzung am 4. August zuzustimmen. 14 Abgeordnete hatten vorher parteiintern gegen die Kredite gestimmt, darunter auch Karl Liebknecht, der sich später auf die «Heiligkeit der Fraktionsdisziplin» berief.²² Auch die Deutschen Gewerkschaften vereinbarten auf einer Vorstandskonferenz am gleichen Tag in Berlin eine Unterstützung der Reichsregierung u. a. bei der bevorstehenden Mobilmachung und bei einem eventuellen kriegsbedingten Lohnstopp. Bei der Abstimmung um erneute Kriegskredite am 2. Dezember 1914 sprach sich eine kleine Minderheit der Abgeordneten um Karl Liebknecht gegen eine Unterstützung der deutschen Kriegspolitik aus. Diesmal brach er den Koali-

tionszwang und stimmte als einziger dagegen, einige SPD-Abgeordnete hatten den Saal verlassen. Karl Liebknecht wurde daraufhin an die Front einberufen. Seiner Überzeugung blieb er – wie etliche andere Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – treu, bis er gemeinsam mit Rosa Luxemburg ermordet wurde. Frauen konnten bekanntlich nicht abstimmen, die weit überwiegende Mehrzahl der arbeitenden Klasse ebenfalls nicht, weil sie nicht im Reichstag saßen.

Die Entfesselung des Ersten Weltkriegs durch die Machthaber sowie auch durch die Kriegeuphorie weiter Bevölkerungsteile – auch der proletarischen und auch der weiblichen – im August 1914 leitete eine neue Epoche in der Entwicklung der internationalen sozialistischen Frauenbewegung und ebenso in der bürgerlichen Frauenbewegung ein. Internationale Verbindungen wurden beinahe unmöglich. Die gesamte Sozialistische Internationale – und damit auch die Fraueninternationale – löste sich in ihre nationalen Bestandteile auf. Internationale Frauentage wurden in Deutschland von den Behörden verboten. Durch die von der SPD und von der ihnen nahestehenden Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Dachorganisation der freien Gewerkschaften während der Kriegsjahre mitgetragene «Burgfriedenspolitik», die Vertreterinnen und Vertreter linker Strömungen um Clara Zetkin ablehnten, waren kritische Veranstaltungen wie der Internationale Frauentag auch von den Organisationen der Arbeiterbewegung selbst nicht mehr erwünscht.

Die Verteidigung des «Vaterlandes»

Nahezu alle sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern bekannten sich zur «Verteidigung des Vaterlandes» und damit des bürgerlich-kapitalistischen Staates, dessen Sturz sie bis dahin angestrebt hatten. «Mit Gott für König und Vaterland», hieß es nun in vielen Sprachen, obwohl zahlreiche SozialistInnen in vielen Ländern sich längst vom Christentum gelöst hatten. Die von HistorikerInnen aufgespurten oder vermuteten Gründe sind vielfältig und spekulativ. Sie füllen 100 Jahre später ganze Bücherschränke. Schließlich hatte sich die Arbeiterbewegung während ihrer Gründungsphase gegen jede Art von Kriegstreiberei gewandt. August Bebel (1840–1913) geißelte zu seiner Zeit in flammenden Reichstagsreden die Instrumentalisierung patriotischer Gefühle zur Hetze gegen andere Völker. Das Thema «Militarismus und Krieg» begleitete seit 1911 die «wuchtigen Kundgebungen» und Demonstrationen der sozialistischen Frauenbewegung. Die SPD war die mitgliederstärkste Partei vor dem Ersten Weltkrieg. Wie konnte sie in Kriegsbegeisterung ausbrechen? Es gab sie eben auch nicht: *Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten*. Eine (zu) geringe Zahl hielt jede Art von Krieg für ein untaugliches Mittel der Politik, andere zögerten, weil sie nicht sicher waren, ob der Krieg Vor- oder Nachteile für das «eigene» Land und damit für sie brachte und wieder andere konnten ohnehin von einem Tag auf den anderen ihre Meinung ändern, sie wollten nicht als «Verteidiger des Vaterlands» zurückstehen. Die Kriegsbefürworter setzten sich durch, weil «an der Spitze von Staat und Gesellschaft die Bereitschaft zum Kriege existierte und das lange bevor an irgend einen Anlass oder Auslöser zu denken war, weil in den Köpfen und Planungen der Herrschenden generell Kriegsziele lebten.»²³ Dass die Sozialdemokratische Partei sich so verhalten würde, «wie es sich für jeden Deutschen unter den gegenwärtigen

gen Verhältnisse geziemt», schien sich bereits vor der Abstimmung anzudeuten.²⁴ In der freudigen Erwartung, spätestens Weihnachten siegreich wieder zu Hause zu sein, zogen sie ins Feld.

Spätestens mit der Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 durch die Mehrheit der SPD-Reichstagsfraktion zeichnete sich der Weg zur Spaltung der Partei und damit auch der sozialdemokratischen Frauenbewegung ab.

Nicht nur sozialdemokratische Frauen erhoben die Stimme

Clara Zetkin verfasste Anfang November 1914 einen Aufruf «an die sozialistischen Frauen aller Länder», in dem sie sich entschieden gegen den Krieg und für breite Friedensaktionen aussprach. «Von Woche zu Woche mehren sich in den kriegsführenden wie in den neutralen Ländern die Frauenstimmen, die Protest erheben wider das furchtbare Völkerringen, das der Drang nach Weltmacht und Weltherrschaft der kapitalistischen Staaten geboren hat ... Immer mehr Teile der Erde werden in seinen blutigen Strudel gerissen. Der Krieg hat die besten physischen, geistigen und moralischen Kräfte der Bevölkerung in seinen Dienst genommen», schrieb sie in dem Aufruf.²⁵ Nun wollte sie nicht mehr Schulter an Schulter mit den Männern kämpfen, auch nicht mit denen ihrer Klasse, soweit sie in den Krieg zogen: «Wenn die Männer töten», so schrieb sie, «so ist es an den Frauen, für die Erhaltung des Lebens zu kämpfen. Wenn die Männer schweigen, so ist es unsere Pflicht, erfüllt von unseren Idealen, die Stimme zu erheben.»²⁶ Clara Zetkin versuchte, die durch den Krieg abgerissenen Fäden zur internationalen Frauenbewegung wieder neu zu knüpfen. Sie wollte die sozialistischen Frauen in aller Welt als Kriegsgegnerinnen aktivieren.²⁷ Auch in der *Gleichheit – Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen* agitierte sie unerschrocken gegen den Krieg und versuchte, die Frauen weltweit wachzurütteln. Wie viele Sozialistinnen und Sozialisten blieb sie dem Grundsatz treu: «Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.»²⁸

Sich noch einmal dem Widerstand der Parteispitze widersetzend, hatte Clara Zetkin im März 1915 die Berner Internationale sozialistische Frauenkonferenz für alle am Krieg beteiligten Länder einberufen. Aufgabe der Konferenz sollte sein, eine zielklare und kraftvolle einheitliche internationale Friedensaktion der Genossinnen in die Wege zu leiten. Die dort einstimmig verabschiedete Friedensresolution konnte den Krieg ebenso wenig aufhalten, wie die Demonstrationen und Streikwellen pazifistisch orientierter Frauen in vielen Ländern in der zweiten Hälfte des Krieges. Gegen Zetkin wurde nach der Berner Konferenz in Deutschland ein Strafverfahren wegen Landesverrats eingeleitet.

Auch Anita Augspurg (1857–1943) und Lida Gustava Heymann (1868–1943), Vertreterinnen des radikalen Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung, verbreiteten einen Aufruf, gegen den Krieg zu protestieren und sofort eine internationale Frauenkonferenz in einem neutralen Land einzuberufen.²⁹ Diese fand vom 28. April bis 1. Mai 1915 in Den Haag statt. Rund 1200 Delegierte aus kriegsführenden und neutralen Ländern gründeten dort einen «internationalen Frauenausschuss für den dauernden Frieden», der bürgerliche und sozialistische Pazifistinnen zusammenbringen wollte. Die Frauen betrachteten sich als «Sachverständige für den Frieden» und entwickelten ein «Mindestprogramm für den dauerhaften Frieden». 1919 wurde daraus die Internationale Frauenliga für Frieden

und Freiheit (IFFF), die bis heute besteht. Mit ihrer scharfen Kritik standen die Pazifistinnen in allen kriegseuphorisierten Nationen, selbst in Frauenrechts- und Intellektuellenkreisen, bald alleine.

Andere sozialistische und bürgerliche Frauen dachten und handelten anders. Sie unterstützten den von den Männern geführten Krieg. Gertrud Bäumer (1873–1954), damals Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine (BDF), der Dachorganisation der bürgerlichen Frauenverbände, hatte sich strikt dagegen ausgesprochen, dass sich die Friedensfrauen mit den Frauen aus den kriegführenden Ländern zusammensetzten, in ihren Augen waren das die Frauen der «Feinde».

Der Satz: «Der Mann muss hinaus ins feindliche Leben, die Frau zur stillen, helfenden, dienenden Liebesarbeit im Innern»³⁰, kam zwar von den «Bürgerlichen», schien jedoch bei Frauen aller Schichten Zustimmung zu finden. Während der Kriegsjahre wuchs die Not ins Unermessliche. Die Kinder der in den Rüstungsfabriken arbeitenden Mütter, Kriegerwitwen, Waisen und Kriegsversehrte mussten versorgt werden. Die Überbelastung der zu Hause gebliebenen Frauen führte zu einer Verlagerung der Lasten der Versorgung von Hilfsbedürftigen auf die Gemeinschaft. Bezahlt und unbezahlt geleistete soziale Arbeit von Frauen nahm einen ungeahnten Aufschwung. Frauen galten nun vor allem als «soziale Wesen» und «versorgende Helferinnen». Glorifiziert wurde die unbezahlte Arbeit in «Ehrenamt» und «Freiwilligendiensten». Die Wohlfahrtsverbände appellierten an «Vaterlandsliebe» und Opferbereitschaft der Frauen. «Geistige» oder «soziale Mütterlichkeit» wurde den Familienfrauen zur Seite gestellt.³¹

Der Dienst an der «Heimatfront»

An der sog. «Heimatfront» schaffte und wirkte die «weibliche Heimarmee», wie sie Barbara Guttman in ihrer gleichnamigen Studie beschrieb.³² Gemeinsame Erfahrung aller Frauen war, dass sie nie gefragt wurden, ob Kriege stattfinden sollen, und ob sie von ihren Männern und Söhnen wirklich «verteidigt» werden wollen. Die vermeintliche Friedfertigkeit, die ihnen als Teil ihres «Wesens» oder ihrer «Natur» unterstellt wird, wies ihnen die Aufgabe zu, an der «Heimatfront» nicht nur die anfallende unbezahlte Mehrarbeit am heimischen Herd und in den Lazaretten zu leisten, sondern sie war notwendige Ergänzung zur heroisierten kriegerischen Männlichkeit. Während ihre Männer eingetrichtet bekamen, sie müssten ihre Frauen und Kinder in der Heimat beschützen, galten sie als soziale Wesen und versorgende Helferinnen.

Sozialistische wie bürgerliche Frauen nähten Wäsche und strickten Strümpfe für die «Helden an der Front», verpflegten die durchziehenden Truppen an den Bahnhöfen und trugen maßgeblich das «Liebesgabenwesen». Liebesgaben waren Millionen von Päckchen an die Frontsoldaten und Verwundeten, um sie zur Weiter«arbeit» in den Schützengräben zu ermuntern. Die Päckchen enthielten Kuchen, Zigaretten, selbst gestrickte Socken u. v. m. (Nicht nur) bürgerliche Frauen versprachen sich von der Übernahme staatsbürgerlicher Pflichten während des Krieges die Gewährung des Frauenwahlrechts, für das sie bisher erfolglos gekämpft hatten. Historikerinnen vermuten, dass konservative Frauen mit ihrem Engagement auch das Interesse an einer sinnvollen standesgemäßen Tätigkeit und einer Erweiterung ihrer Handlungsspielräume verbanden.³³

Gertrud Bäumer (1873–1954), führende Protagonistin im Bund Deutscher Frauenvereine, schrieb zu Beginn des Ersten Weltkriegs in ihrer Schrift *Der Krieg und die Frauen*, der Soldat hätte es zu allen Zeiten süß und erhaben gefunden, für das Vaterland zu sterben.³⁴ So verherrlichte sie den Tod fürs «Vaterland», den die Soldaten in den Schützengräben sterben sollten. Aus patriotischer Motivation, unterstützt durch Helene Lange (1848–1930) und viele andere, schuf sie am 3. August 1914 mit dem Bund Deutscher Frauenvereine einen «Nationalen Frauendienst» (NFD) als Betätigungsfeld für konservative Frauen, dessen Ziel die «Aufrechterhaltung der Heimatfront» sein sollte. Das Deutsche Rote Kreuz, Vaterländische Frauenverbände und christliche Frauenverbände unterstützten den NFD. Zu den Aufgaben der Frauen an der «Heimatfront» gehörte die kommunale Fürsorgearbeit, Kinderfürsorge, Kranken- und Wöchnerinnenhilfe, aber auch die Errichtung von Kindergärten und Horten in den Arbeitervierteln und die Hilfe für notleidende Familien, ebenso die Verteilung der Frauen auf Arbeitsplätze in der Kriegswirtschaft. In den Rüstungsbetrieben arbeiteten ungefähr 90% Frauen³⁵, unter ihnen zahlreiche Zwangsarbeiterinnen. Die Arbeitsbedingungen für Frauen waren dort katastrophal. Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit bei miserablen hygienischen Bedingungen waren während der Hungerjahre im Ersten Weltkrieg die Regel. Der Arbeitsschutz wurde außer Kraft gesetzt. Manche Arbeitsverträge galten nur für die Dauer des Krieges.

Für Gertrud Bäumer war mit dem Heimatdienst der «eigentliche, tiefste Sinn der deutschen Frauenbewegung» verbunden. Die Historikerin Christa Hämmerle zeigt die enge Verschränkung zwischen «Front» und «Heimatfront» als Voraussetzung moderner Kriegführung auf. Sie spricht von einer Mobilisierung der gesamten Gesellschaft: Männern, Frauen und Kindern, und von einer «sozialen Militarisierung, die auch Frauen umfasste», weil Krieg zu etwas wurde, was das ganze Volk angeht.³⁶

Die Idee war nicht neu. Schon während früherer Kriege unterstützten vorwiegend bürgerliche Frauen in «Vaterländischen Frauenvereinen» den Krieg, die Helden und den Heldentod durch «vaterländische Dienste». Sie kochten und verteilten die Armensuppe, arbeiteten in Waisenhäusern und verbanden Verwundete in Krankenhäusern und Lazaretten.³⁷ Und schon lange vor Beginn des Ersten Weltkriegs wurde in staatlichen Aufrufen an die Opferbereitschaft und Vaterlandsliebe vor allem der bürgerlichen Frauen appelliert.

Zahlreiche sozialdemokratische Frauen in Deutschland folgten der Aufforderung bürgerlicher Frauen, an der «Heimatfront» mitzuarbeiten. Der SPD-Parteivorstand rief gar die Arbeiterinnen dazu auf, im «Nationalen Frauendienst», mitzuarbeiten. Dem Ruf folgten z. B. Marie Juchacz (1879–1956) und Helene Simon (1862–1947), und auch Gewerkschafterinnen wie Gertrud Hanna (1876–1944).³⁸ Die aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Frauenrechtlerin und Sozialdemokratin Lily Braun (1865–1916) schrieb sogar, der Krieg zeige endlich wieder, was wahre Männlichkeit und Weiblichkeit ist.³⁹ Sie begrüßte die Wiederherstellung alter Geschlechterrollen.

In fast allen Orten Deutschlands folgten die Genossinnen dem Ruf und meldeten sich bei den örtlichen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zur ehrenamtlichen «Kriegshilfe». Es war das erste Mal in der Geschichte, dass Frauen parteiübergreifend ein großes gemeinsames Projekt starteten.⁴⁰ Der Interessengegensatz zwischen Proletarierinnen und

«Bourgeoisdamen» schien überwunden. Vergessen auch die Auseinandersetzungen mit den «Bürgerlichen», die die Forderungen nach dem Frauenwahlrecht für alle nicht mittragen wollten und stattdessen an den Rechten ihrer Männer partizipieren wollten, ohne die Arbeiterklasse einzubeziehen. Auch in anderen Ländern verbanden sich sozialistische Frauenverbände mit den bürgerlichen Frauen. Dafür ernteten sie harsche Kritik von linkssozialistischen Frauen. (Nicht nur) Clara Zetkin, Rosa Luxemburg und Käthe Duncker (1871–1953) vertraten die Meinung, dass es zwar notwendig war, sich um die Kinder und Frauen der Soldaten zu kümmern, die erste und wichtigste Pflicht einer Sozialistin und Internationalistin sei es jedoch, die Massen für den Kampf gegen den Krieg zu gewinnen. Auch die radikal-bürgerliche Hedwig Dohm (1831–1919) schrieb 1915 gegen Gertrud Bäumers Kriegsbegeisterung: «Vielleicht, die ›Begeisterung‹ für diesen Krieg war ›tief‹ und ›echt‹. Was beweist es? Tief und echt war auch die fromme Inbrunst, die Heiligkeit der Überzeugung, mit der man einst zur Ehre Gottes und zur Rettung ihrer Seelen Ketzer und Hexen verbrannte. Man kann sich ebenso für Irrtümer und Aberglauben (Dummheit nicht ausgeschlossen) begeistern, wie für Wahrheiten, die den Stempel ewig tragen. Und das sei unsere Proklamation an die Kommenden: Tod dem Missbrauch des Todes im Krieg!»⁴¹

So weit dachten viele «Kriegerfrauen» möglicherweise nicht. Sie empfingen staatliche Familienunterstützung, und so hatten vor allem bürgerliche Frauen Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel, die sie früher nicht kannten. Diese Eröffnung neuer Handlungsspielräume wirkte sich zunächst sicher positiv auf die «Freiwilligenarbeit» beim Nationalen Frauendienst aus: Viele Frauen hatten zum erstenmal bares Geld in den Händen, das gab ihnen neues Selbstbewusstsein.⁴² Die Gefährdung von Erwerbsarbeitsplätzen durch «freiwillige» soziale Arbeit, die sich auch auf andere Wirtschaftsbereiche ausdehnte, wurde bereits damals deutlich: «Damen erklären sich bereit, Wäsche zu waschen und häusliche Dienste zu leisten, und Wasch- und Scheuerfrauen wissen nicht, wie sie den düftigsten Lebensunterhalt beschaffen können ... Diese Beispiele aus dem Leben ließen sich um das Vielfache vermehren. Aber sie beweisen jedenfalls, dass schon jetzt die Anerbietungen freiwilliger Arbeit dazu führen, solchen Männern und Frauen die Arbeit fortzunehmen, die davon leben müssen», heißt es in einer Veröffentlichung aus dieser Zeit.⁴³

Von der Familienunterstützung konnten die «Kriegerfrauen» spätestens ab 1916 kaum noch leben, und illegale Methoden der Daseinsvorsorge wurden vor allem in der Arbeiterklasse immer wichtiger, so dass die Begeisterung für die an der «Heimatfront» übernommenen Aufgaben mit dem Andauern des Krieges, der Not und Elend über breite Volksschichten brachte, merklich zurückging.

Der Dienst an der Heimatfront und seine Verweigerung

Am Beispiel der ersten Konzessionsfrau im Vorstand der SPD, Louise Zietz (1865–1922), wird die widersprüchliche Haltung zum Nationalen Frauendienst deutlich, die bei ihr schließlich zur Verweigerung führte.⁴⁴ Vor der Entfesselung des Ersten Weltkriegs hatte Louise Zietz in vielen Artikeln und Reden gegen die Kolonialeroberungspolitik und gegen den Krieg aufgerufen. In ihrer Agitationsschrift *Bist Du eine der Unsrigen?* fragte sie

«die Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes», an die sie sich mit der Schrift wandte: «Möchtest Du nicht mit Deinem Herzblut Dich dafür einsetzen, dass den wahnsinnigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande sowie der Kolonial-Eroberungspolitik Einhalt getan wird?»⁴⁵ Noch um die Jahrhundertwende hatte sie argumentiert: «Wir haben Wichtigeres zu tun, als auf Konferenzen bürgerliche Frauen vor ihren Dummheiten zu bewahren»⁴⁶, wenn ihr wegen ihrer rigorosen Haltung gegenüber der bürgerlichen Frauenbewegung von anderen Genossinnen und Genossen Vorwürfe gemacht wurden. Ihre Einstellung zum Krieg, wie auch zu den «Bürgerlichen», sollte sich mit der Entfesselung des Krieges jedoch grundlegend ändern. Sie unterstützte die vom Parteivorstand am 7. August 1914 in einem öffentlichen Aufruf propagierte Kriegshilfe. In dem Aufruf ermahnte der Parteivorstand ausdrücklich die SPD-Frauen: «Unsere Genossinnen werden in der Lage sein, wertvolle persönliche Beziehungen aufrecht zu erhalten, den Frauen der im Feld stehenden Männer Beistand zu leisten und sich der Kinder in jeder Weise anzunehmen.»⁴⁷ Luise Zietz motivierte die Genossinnen zu Hilfsaktionen und wurde sogar ihrer Abneigung gegenüber bürgerlichen Frauen untreu, indem sie zur Zusammenarbeit mit dem Nationalen Frauendienst aufrief. Am 28. August 1914 veröffentlichte die sozialdemokratische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* einen Aufruf, den sie unterschrieben und vermutlich auch selbst formuliert hat, in dem sie die Genossinnen zur Zusammenarbeit mit dem Nationalen Frauendienst ermunterte.⁴⁸ Aufgrund ihrer Vorschläge, an der Arbeit der kommunalen Unterstützungskommissionen tatkräftig Anteil zu nehmen, wurde die Eingliederung der sozialdemokratischen Frauen in den Nationalen Frauendienst vollzogen.⁴⁹

Durch «trostreichen Zuspruch» wollte Zietz das «Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Arbeitsbrüder und -schwestern» in den schweren Zeiten heben.⁵⁰ In ihrer Broschüre *Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg* listete Luise Zietz auf, an welchen Orten sich die Sozialdemokratinnen, teils selbständig, teils «mit den Bürgerlichen gemeinsam», an der Kriegshilfe beteiligten.⁵¹ Hier wird allerdings bereits ihre ambivalente Haltung zu den «Hilfsdiensten» deutlich. Einerseits prangerte sie die «kopflös unternommene» Hilfsbereitschaft der bürgerlichen Frauen an: «Die Damen, die für die Krieger unentgeltlich Wäsche nähten, Strümpfe strickten usw., überlegten nicht, dass sie damit arbeitslosen Heim- oder Fabrikarbeiterinnen die Arbeitsmöglichkeit und das Brot nahmen», schrieb sie in der gleichen Broschüre.⁵² Andererseits lobte sie in der *Gleichheit* vom 2. Oktober 1914 die Hilfsbereitschaft der Berliner Genossinnen, die durch den Krieg erwerbslos geworden waren und dennoch unentgeltlich aus eingelieferten Stoffen oder Kleidungsstücken Säuglingswäsche oder Kinderkleidchen genäht hatten, «um ihren noch ärmeren Schwestern zu helfen»⁵³.

Marie Juchacz unterstützte mit Kriegsbeginn die vom Parteivorstand propagierte Kriegshilfe, indem sie in der «Nationalen Frauengemeinschaft» mitwirkte, die der Kölner Stadtverband der Frauenvereine 1914 gegründet hatte. Sie arbeitete mit, weil sie gemeinsam mit den bürgerlichen Frauen helfen wollte, die furchtbare Notlage der Bevölkerung durch das Einrichten von Stadtküchen, Nähstuben, Wärmehallen etc. zu mildern.⁵⁴ Im Ernährungsausschuss, dem sie angehörte, war sie an der Verteilung der von staatlichen Stellen rationierten Lebensmittel beteiligt. Auf ihre Initiative wurde eine

Werkstatt eingerichtet, die Bekleidung für die Armee herstellte und Heimarbeiterinnen Arbeit gab.⁵⁵

Vielleicht hofften Frauen wie Luise Zietz und Marie Juchacz, dass die positiven kriegshemmenden Kräfte doch die Oberhand gewinnen könnten. Wahrscheinlich waren viele auch – ebenso wie die «Bürgerlichen» – davon überzeugt, dass es wichtig sei, «ein letztes bescheidenes Stück nationaler Kraft zu sein».⁵⁶ «Vaterlandsliebe» war auch bei ihnen weit verbreitet.

Luise Zietz hat schon wenige Monate nach dem Aufruf des Parteivorstands vom 7. August einen «Offenen Brief» Karl Liebknechts an den Parteivorstand unterschrieben, der gegen die Kriegspolitik der SPD-Parteiführung protestierte. Im Oktober 1915 änderte sie ihre Haltung eindeutig. Sie war nun Sprecherin einer Deputation Berliner Genossinnen, die eine Sitzung des Parteiausschusses der SPD störte, um dort Kritik an der Politik der Parteiführung zu üben.⁵⁷ Sie unterstützte nun die Arbeit des Nationalen Frauendienstes nicht mehr.⁵⁸ Nach ihrem Engagement darin schlug sie sich wieder voll auf die Seite der Kriegsgegnerinnen. Zum Internationalen Frauentag im März 1916 veröffentlichte sie in einer Reihe von Zeitungen den Artikel «Märzagitation».⁵⁹ Obwohl sie darin auf eine eindeutige Stellungnahme gegen den Krieg verzichtete und Fragen wie Frauenerwerbsarbeit und Staatsbürgerrechte besprach, wurde ihr von der Parteileitung verboten, «während der Dauer des Kriegszustandes Vorträge zu halten und in Versammlungen zu reden». Sie durfte diese Anordnung nicht bekannt geben, ihr Auslandspass wurde ihr entzogen.⁶⁰ Nun musste sie ihre politische Tätigkeit illegal fortführen. Sie kämpfte nicht mehr nur in Deutschland gegen den Krieg und für den Frieden, sondern hielt auch mit der sozialistischen Internationale Kontakt. Heimlich reiste sie in die Schweiz und nach Stockholm, wo sie offensichtlich neuen Mut für ihre aufreibende Tätigkeit schöpfte. Auf der Reichskonferenz der SPD 1916 verurteilte Luise Zietz die Kriegspolitik entschieden. Obwohl die innerparteiliche Opposition gegen den Krieg stärker wurde, blieb die SPD-Führung bei ihren zustimmenden Positionen. Luise Zietz opponierte nun gegen die Parteiführung und beteiligte sich im April 1917 in Gotha an der Gründung der USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands), in der sich ein großer Teil der Kriegsgegnerinnen zusammenfand. Die Spaltung der deutschen Sozialdemokratie wurde mit der Gründung der USPD manifest. Viele Frauen, darunter auch viele Gewerkschafterinnen, schlossen sich der neugegründeten USPD an, weil sie die Kriegspolitik der SPD-Führung und vor allem die Bewilligung der Kriegskredite nicht weiter mittragen konnten. Clara Zetkin, Rosa Luxemburg, Käthe Duncker und viele andere waren dabei. Luise Zietz erhielt in der USPD sofort die Position einer geschäftsführenden Sekretärin, wurde ins Zentralkomitee der Partei gewählt und hatte als Frauensekretärin maßgeblichen Einfluss auf die USPD-Frauenbewegung.⁶¹ Am Tag der Novemberrevolution 1918 hielt sie Referate in verschiedenen Städten und nahm an der Sitzung des Vollzugsrats der revolutionären Obleute am 2. November 1918 teil, in der der strategische Aufstandsplan beraten wurde.⁶²

Marie Juchacz ging 1917 von Köln zurück nach Berlin, weil der Parteivorsitzende Friedrich Ebert ihr die Stelle der Frauensekretärin im zentralen Parteivorstand angeboten hatte, die vorher die zur USPD übergetretene Luise Zietz innehatte. Damit bekam sie den wichtigsten Platz, den eine Frau innerhalb der Partei erreichen konnte von Luise Zietz, die sie bis dahin stets gefördert hatte. Gleichzeitig übernahm sie deren Posten im

sozialdemokratischen Parteivorstand. Als Vertreterin des reformistischen Parteikurses übernahm Marie Juchacz nun auch die Redaktion der Frauenzeitung *Die Gleichheit* von Clara Zetkin, die unter deren Redaktion zum führenden Blatt der sozialdemokratischen Frauenbewegung geworden war. Im Gegensatz zu Zetkin, die ebenfalls zur USPD überwechselte, und zu Luise Zietz setzte sich Marie Juchacz schon länger für die Zusammenarbeit zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Frauenbewegung ein. Parteidisziplin hatte für sie stets einen hohen Stellenwert, sie stand immer zur Verfügung, wenn sie gebraucht wurde. So zögerte sie nicht lange, die Posten zu übernehmen.

Der Krieg ist zu Ende – wie ging es weiter?

Am 9. November 1918, einem trüben Herbsttag im fünften Kriegsjahr, endete in Deutschland die mehr als tausendjährige Herrschaft der Fürsten über das Volk. Kaiser Wilhelm II. hatte sich, nachdem ihm von seinen Generälen und Marschällen erklärt worden war, dass der Krieg für Deutschland verloren war, heimlich davongeschlichen und sich um jede Verantwortung zu drücken versucht.⁶³ Zerstörte Städte, Dörfer, Landschaften und Industrieanlagen waren der Preis für die Konkurrenz zwischen kapitalistischen Ländern um Kolonien, Rohstoffe und Absatzmärkte.

Nach Kriegsende wurden Marie Juchacz für die SPD, Luise Zietz für die USPD und Clara Zetkin für die KPD in den Reichstag gewählt. Das war möglich, weil die Frauen mit ihren Forderungen nach gleicher Teilhabe am Staatsleben durch das allgemeine gleiche Wahlrecht für Mann und Frau bei den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich im November 1918 überall formierten, offene Ohren fanden. Die Forderung gehörte zu den Parolen der Revolution. Ebenso wie die Forderung nach Aufhebung des Nationalen Frauendienstes. Dennoch bekamen die Frauen das Wahlrecht nicht geschenkt, wie oft angenommen. Der Weg dorthin war nicht einfach, schließlich waren die von der SPD bis dahin eingebrachten Gesetzentwürfe immer wieder abgelehnt worden. Die letzten Versuche waren am 22. März 1917 von Eduard Bernstein (1850–1932), der SPD und Genossen, sowie im Juli 1918 von Otto Landsberg (1869–1957), der SPD und Genossen und unterstützt von den Abgeordneten der USPD vorgelegt worden.⁶⁴

In der Erklärung des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 hieß es eindeutig: «Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht ... für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.» Damit war elf Jahre nach der Gründung der Sozialistischen Fraueninternationale das allgemeine und gleiche Wahlrecht durchgesetzt und eine Forderung der Frauenbewegungen erfüllt, für die sie, wenn auch von unterschiedlichen Standpunkten aus und mit unterschiedlichen Aktionen jahrelang mit viel Ausdauer, Mut und Fantasie gekämpft hatten. Bei der Verabschiedung der Weimarer Verfassung versuchte keine Partei mehr, das Frauenstimmrecht anzutasten.

Für die Sozialistinnen bedeutete der Erste Weltkrieg dennoch einen tiefen Einschnitt, denn das Ausmaß und die Stärke, die sie bis dahin erlangt hatten, erreichten sie nicht mehr wieder.⁶⁵ Auch der erste demokratische Wahlkampf war gekennzeichnet durch

scharfe Gegensätze zwischen Rechts und Links. Für die Linken war der Wahltag überschattet durch die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

Viele der 22 weiblichen SPD- und USPD-Abgeordneten kamen selbst aus der Arbeiterklasse und kannten die Probleme der armen Klassen. Sie folgten der Vision einer klassenlosen sozialistischen, freiheitlichen und friedlichen Gesellschaft und sie sorgten dafür, dass die «soziale Frage» öffentlich diskutiert wurde. Leicht war das – auch gegenüber den konservativen Frauen – nicht immer. Zu bemerkenswerten parteiübergreifenden Aktionen zwischen bürgerlichen und sozialistischen Frauen – die hin und wieder versucht wurden – kam es nicht; zu groß waren die politischen und klassenbedingten Gegensätze.

Aus ihren Erfahrungen während des Ersten Weltkriegs, die sie an der Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Frauen zweifeln ließ, gründete Marie Juchacz 1919 gemeinsam mit ihrer Schwester Elisabeth Kirschmann-Röhl (1888–1930) und anderen Frauen, die wie sie aus der Arbeiterklasse stammten, die Arbeiterwohlfahrt, (damals) als «Selbsthilfe der Arbeiterschaft». 1932 hielt sie ihre letzte Rede im Reichstag. In dieser Rede, die eine Antikriegsrede war, sagte sie unter anderem: «Die Frauen wollen keinen Bürgerkrieg, die Frauen wollen keinen Völkerkrieg, die Frauen wollen keine Verschärfung der Wirtschaftsnot durch innen- und außenpolitische Abenteuer.» Die Frauen rief sie auf, den Kampf für Frieden und Freiheit aufzunehmen, «gegen den Todfeind, den Faschismus»⁶⁶.

Leider wurde ihr Ruf von zu wenigen gehört.

Anmerkungen

1. Auch wenn diese Zahl im Gegensatz zum Zweiten Weltkrieg mit 48% und im Vietnamkrieg mit 90% Opfern in der Zivilbevölkerung relativ niedrig erscheint, läutete der Erste Weltkrieg eine Epoche ein, in der die Unterscheidung zwischen Front und Hinterland hinfällig wurde.

2. Es gibt auch Berichte über «Heldenmädchen», das waren Frauen, die sich im Ersten Weltkrieg als Soldatinnen in Männeruniformen an der Front beteiligten, um für Gott, Kaiser und Vaterland zu kämpfen. Unter welchen Bedingungen sie das männlich konnotierte militärische Feld besetzten, ist wenig erforscht. Vgl. Sarajevo revisited: 100 Jahre Erster Weltkrieg. In: profil online, 7. 1. 2014, www.profil.at/articles/1234/985/339722/sarajevo-100-jahre-erster-weltkrieg (Zugriff: 21. 5. 2014). Nicht berücksichtigt ist in diesem Artikel auch der «vaterländische Unterricht», mit dem alle Kreise der Bevölkerung Aufklärungsarbeit leisten sollten. Bürgerliche Frauen und Studentinnen reisten zu den Schlachtfeldern, um durch Unterricht die «Moral» der Truppen zu stärken und sie zum Durchhalten zu ermuntern. Sie wurden im unmittelbaren Gefahrenbereich der Front eingesetzt, kämpften allerdings nicht mit der Waffe. Vgl. Anne Lipp: Meinunglenkung im Krieg. Kriegserfahrung deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914–1918. Göttingen 2003, S. 62.

3. Margarethe Mitscherlich: Die friedfertige Frau. Frankfurt a. M. 1985. Mitscherlich räumt darin mit dem Mythos auf, der uns weismachen will, die Frau sei «von Natur aus» friedfertiger.

4. Vgl. hierzu Gisela Notz: Feminismus. Köln 2011.

5. Siehe auch Gisela Notz: «Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!» Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht. Bonn 2008 (<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/06005.pdf>).

6. Bericht der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands an die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen und den Internationalen sozialistischen Kongress zu Stuttgart 1907. In: Berichte für die Erste Internationale Konferenz sozialistischer Frauen. Abgehalten in Stuttgart 1907, S. 3–20.

7. Berichte, S. 21–49.

8. Protokolle des Allgemeinen Internationalen Sozialistenkongresses 1907, S. 65ff.
9. Vgl. Protokolle des Sozialistenkongresses 1910 in Kopenhagen, S. 36ff.
10. Vgl. Gisela Notz: Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität. Berlin 2011.
11. Vgl. Ulrike Sievers: Clara Zetkins Kampf gegen den Militarismus in Deutschland in den Jahren vor der Jahrhundertwende bis 1907. In: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft «Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau». Leipzig, 16. Mai 1985, S. 64.
12. Das Büro wurde ab 1955 als Internationaler Sozialdemokratischer Frauenrat, ab 1978 als Sozialistische Fraueninternationale (SIW) bezeichnet.
13. Zur Gründung des Internationalen Sozialistische Frauensekretariats 1907 in Stuttgart siehe Gisela Notz: Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht..., a. a. O., S. 20–32.
14. Die Gleichheit, Nr. 1, 1910, S. 9.
15. Resolutionen und Beschlüsse: II. Resolution, die Erhaltung des Friedens betreffend.
16. Vgl. auch Gisela Notz/Christl Wickert: Frauenwahlrechtskämpfe – Misserfolge und Erfolge. In: 90 Jahre Frauenwahlrecht! (Hrsg. E. Ferner). Berlin 2008, S. 24.
17. Clara Zetkin: Aufruf zum Internationalen Sozialistenkongreß zu Basel. In: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1. Berlin 1957, S. 563.
18. Fritz Staude: Der Kampf Clara Zetkins gegen Militarismus und Opportunismus bis zum Baseler Sozialistenkongress, in: Kolloquium der Forschungsgemeinschaft «Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau». Leipzig, 27. Mai 1982, S. 24.
19. Rosa Luxemburg: Diskussionsbeitrag und Schlußwort am 7. März 1914 in der Protestversammlung gegen die Verurteilung Rosa Luxemburgs in Freiburg i. Br. In: Gesammelte Werke. Bd. 3. Berlin 1973, S. 420.
20. Camille Huysmans, Internationales Sozialistisches Bureau, Volkshaus Brüssel, an die Sekretäre der angeschlossenen Parteien, 1. 8. 1914 (Faksimile unter library.fes.de/zweiint/w13.pdf (Zugriff: 4. 5. 2014)).
21. Zitiert nach Jeffrey Verhey: Der «Geist von 1919» und die Erfindung der Volksgemeinschaft. Hamburg 2000, S. 118
22. Zitiert nach Anneliese Laschitzka, Elke Keller (Hrsg.): Karl Liebknecht, eine Biografie in Dokumenten. Berlin 1982, S. 218.
23. Kurt Pätzold: 1914. Das Ereignis und sein Nachleben. Berlin 2014, S. 29.
24. So in einer Mitteilung des preußischen Kriegsministers von Falkenhayn an das Bayerische Kriegsministerium vom 31. Juli 1914, zit. nach Wilhelm Deist: Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte. München 1991, S. 84.
25. Aufruf gegen den Krieg. In: Berner Tagwacht, 10. Dezember 1914.
26. Clara Zetkin: An die sozialistischen Frauen alle Länder! In: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1, S. 638.
27. Marie Juchacz: Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts. Hannover 1971, S. 43.
28. Christa Söllner: Clara Zetkin und die Sozialistische Frauenbewegung. Köln 1970, S. 36.
29. Renate Wurts: Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht! Der Internationale Frauentag; zur Geschichte des 8. März. Frankfurt a. M. 1980, S. 35.
30. Einladung zum Vortrag «Saat und Ernte in der Kriegsarbeit» von Agnes Harnack. In: Neckar-Zeitung, 18. 3. 1916, S. 5.
31. Vgl. Gisela Notz: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder: Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg 1989, S. 58.
32. Vgl. Barbara Guttman: Weibliche Heimarmee, Frauen in Deutschland 1914–1918. Weinheim 1989.
33. Andrea Süchting-Hänger: Das Gewissen der Nation. Nationales Engagement und politisches Handeln konservativer Frauenorganisationen 1900–1937. Düsseldorf 2002.

34. Gertrud Bäumer: *Der Krieg und die Frau*. Berlin 1914.
35. Renate Wurms: *Krieg*. In: Florence Hervé, Renate Wurms (Hrsg.): *Das Weiberlexikon*. Köln 2006, S. 284.
36. Christa Hämmerle: *Heimat/Front. Geschlechtergeschichte/n des Ersten Weltkrieges in Österreich-Ungarn*. Wien 2014; Christa Hämmerle im Interview mit Heide Oestreich. In: *Die Tageszeitung*, 28. 3. 2014, S. 8.
37. Vgl. Gisela Notz: *«Freiwilligendienste» für alle. Von der ehrenamtlichen Tätigkeit zur Prekarisierung der «freiwilligen» Arbeit*. Neu-Ulm 2012.
38. Aus ihren Erfahrungen gründete Marie Juchacz 1919 mit einer Reihe anderer Sozialdemokratinnen die Arbeiterwohlfahrt als *«Selbsthilfe der Arbeitenden»*. Auch Gertrud Hanna gehörte dem Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt an.
39. Christa Hämmerle im Interview mit Heide Oestreich, a. a. O.
40. Vgl. Gisela Notz: *Marie Juchacz. Wegbereiterin der modernen Sozialarbeit (1879–1956)*. In: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, H. 1, 2004, S. 111–125.
41. Hedwig Dohm: *Der Missbrauch des Todes: senile Impressionen (1915)*. In: *Die Aktion*, 1917, S. 3ff.
42. Ute Daniel: *Der Krieg der Frauen 1914–1918. Zur Innenansicht des Ersten Weltkrieges in Deutschland*. In: G. Hirschfeld et al. (Hrsg.): *«Keiner fühlt sich mehr als Mensch...»*. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges. Essen 1993, S. 143f.
43. *Soziale Praxis 1913/1914*, zit. nach Hilde von Balluseck: *Bezahlte versus unbezahlte Sozialarbeit von 1885 bis 1945*. In: *Soziale Arbeit*, H. 1, 1984, S. 187.
44. Vgl. hierzu: Gisela Notz: *Luise Zietz (1865–1922)*. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 2003/II, S. 135–149.
45. Luise Zietz: *Bist Du eine der Unsrigen?* Berlin 1912.
46. Zitiert nach Marie Juchacz: *Sie lebten für eine bessere Welt. Lebensbilder führender Frauen des 19. und 20. Jahrhunderts*. Hannover 1971, S. 65.
47. Zitiert nach Luise Zietz: *Die Sozialdemokratischen Frauen und der Krieg*. Berlin 1915, S. 2.
48. Siehe Luise Zietz: *Unsere Aufgaben*. In: *Die Gleichheit*, Nr. 24, 28. 8. 1914.
49. Siehe Juchacz: *Sie lebten für eine bessere Welt*, a. a. O., S. 66.
50. Luise Zietz: *Die sozialdemokratischen Frauen und der Krieg*. Stuttgart o. J., S. 6.
51. Vgl. ebenda, S. 4f.
52. Ebenda, S. 5f.
53. Luise Zietz: *Die Hilfsaktion der Berliner Genossinnen*. In: *Die Gleichheit*, Nr. 1, 2. 10. 1914.
54. Zu Marie Juchacz vgl. Gisela Notz: *Marie Juchacz*, a. a. O.
55. Christine Rhein: *Marie Juchacz, geb. Gohlke*. In: *Frauenmosaik. Frauenbiographien aus dem Berliner Stadtbezirk Treptow-Köpenick*. Berlin 2001, S. 76.
56. Helene Lange: *Die Dienstplichten der Frau*. In: *Die Frau*, 1915/16, S. 578.
57. Guste Zörner: *Luise Zietz*. In: Guste Zörner (Hrsg.): *Sie kämpften auch für uns*. Leipzig o. J., S. 39.
58. Vgl. Hedwig Wachenheim: *Vom Großbürgertum zur Sozialdemokratie. Memoiren einer Reformistin*. Berlin 1973, S. 58.
59. Luise Zietz: *Märzagitiation*. In: *Vorwärts*, 29. 2. 1916, *Leipziger Volkszeitung*, *Schwäbische Tagwacht*, *Volksfreund*, 1. 3. 1916, *Volkswacht für Schlesien und Posen*, 6. 3. 1916.
60. Hans Zeisler: *Luise Zietz. Leben und Wirken der proletarischen Frauenbewegung 1865–1922*. Leipzig 1958, S. 125. Vgl. auch Luise Kautsky: *Luise Zietz*. In: *Die Genossin*, H. 1, 1932, S. 6.
61. *Oppositionelle Frauen treten der USPD bei*. In: Anette Kuhn (Hrsg.): *Die Chronik der Frauen*. Dortmund 1993.
62. Zeisler, a. a. O., S. 139.
63. Vgl. Bernt Engelmann: *Einig gegen Recht und Freiheit. Deutsches Anti-Geschichtsbuch. T. 2*. Frankfurt a. M. 1977, S. 9.

64. Stenographisches Protokoll Reichstag, 1918, S. 5912.

65. Es dauerte bis zum 21. 5. 1923, bis die 1. Internationale Frauenkonferenz nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführt wurde. Lediglich 93 Delegierte aus 23 Ländern waren versammelt, um eine neue Sozialistische Fraueninternationale zu gründen.

66. Zitiert nach Christa Hasenlever: Aus der parlamentarischen Tätigkeit von Marie Juchacz. In: Marie Juchacz. Gründerin der Arbeiterwohlfahrt. Leben und Werk. Bonn 1979, S. 135.

ANZEIGE



Erscheint im Juli

Enzo Traverso

Geschichte als Schlachtfeld

Zur Interpretation der Gewalt im
20. Jahrhundert

255 Seiten · 22 Euro · ISBN 978-3-89900-143-3

Enzo Traverso beschäftigt sich vor allem mit den Ansätzen und Interpretationen des 20. Jahrhunderts von Giorgio Agamben, Hannah Arendt, Walter Benjamin,

Martin Broszat, Michel Foucault, Saul Friedländer, François Furet, Eric Hobsbawm, Jürgen Osterhammel, Zeev Sternhell usw. Er kritisiert eine Geschichtsschreibung, die der Ideologie der Sieger folgt; in der Nachfolge Walter Benjamins plädiert er für die Perspektive der vorläufigen Verlierer.

Enzo Traverso, geb. 1957 in Gavi (Piemont), ist Professor für Politische Wissenschaften und Zeitgeschichte an der Cornell University in New York. Er gilt als einer der internationalen Spezialisten für die Weltkriege und den Holocaust.

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7 · 76133 Karlsruhe · (07 21) 3 11 83 · neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de